
Nach dem „Großen Krieg“ – vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939

Steffen Kailitz



PD Dr. phil.
habil. Steffen
Kailitz, geb.
1969 in Fran-
kenthal, wis-
senschaftlicher
Mitarbeiter
am Hannah-
Arendt-Institut
für Totalitaris-
musforschung.
Studium der
Politikwissen-

schaft und Ostslavistik, 1999 Promotion, 2005 Habilitation, Vertretungsprofessuren an den Universitäten Greifswald und Erfurt, Mitbegründer der Gruppe „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (DVPW), Sprecher der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ der DVPW und Mitherausgeber der Sektionsreihe „Vergleichende Politikwissenschaft“.

Abstract

The global history of democracy of the interwar period combines the elements of triumph of democracy with the elements of its demise. Between 1914 and 1920 the number of democracies in the world almost tripled. In the short period between early 1919 and mid 1920 the number of democracies worldwide practically exploded. However, this “explosion,” euphorically celebrated by the contemporaries, was followed by “recoil” in the first half of the 1920s and by a deep democracy crisis in the 1930s triggered by the world economic crisis. Neither before nor afterwards has one observed the fall of so many democracies during such a short period of time as in 1933/34, including democracies in such developed industrial states as Germany and Austria.

I. Einleitung

Ist die Zwischenkriegszeit eine Zeit der tiefen „Krise der Demokratie“,¹ deren Sog etwa die deutsche Demokratie in einen unentrinnbaren Strudel des Niedergangs mitriss? Oder ist sie umgekehrt eine Phase „einer transnationalen Entwicklung, in deren Verlauf sich die westliche liberale und soziale Demokratie ausbildete“ (und mithin der deutsche Demokratiezusammenbruch eine

1 Vgl. u. a. William E. Rappard, *Crisis of Democracy*, Chicago 1938; Juan J. Linz, *The Crisis of Democracy after the First World War*. In: Roger Griffin (Hg.), *International Fascism: Theories, Causes and the New Consensus*, Oxford 1998, S. 175–188; Richard Bessel, *The Crisis of Modern Democracy, 1919–39*. In: *Democratization*. Hg. von David Goldblatt, Margaret Kiloh, Paul Lewis und David Potter, Cambridge 1997, S. 71–94.

Ausnahmeerscheinung)?² Beide polaren Sichtweisen enthalten Bausteine des Wahren und Falschen. Dieser Beitrag soll zeigen, dass die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit Elemente des Aufstiegs und Triumphs der Demokratie einerseits wie auch des Niedergangs und Desasters der Demokratie andererseits vereinte. Erst wenn aber die zentralen Begriffe einer Untersuchung geklärt sind, ist wirklich ein stabiles Fundament für eine empirische Untersuchung gelegt.³ Die derzeit diskutierten Versuche Tim B. Müllers,⁴ die Zwischenkriegszeit in eine transnationale Demokratiegeschichte einzugliedern, kranken aber vor allem auch daran, dass zentrale Untersuchungsbegriffe wie Demokratie oder „Entfaltung der Demokratie“ nicht klar bestimmt sind. Erst eine präzise Abgrenzung von Demokratien und Nicht-Demokratien ermöglicht aber eine tragfähige Beurteilung der Zwischenkriegszeit als Zeit der „Krise“ und/oder „Entfaltung“ der Demokratie. Die Antwort auf die Frage, wie Demokratieforscher Demokratien und Nicht-Demokratien sowie das Scheitern und Überleben von Demokratien in der Zwischenkriegszeit abgrenzen, ist konkret zum einen mit Blick auf die Frage der Verbreitung der Demokratien und Nicht-Demokratien in der Zwischenkriegszeit von großem Interesse. Zum anderen ermöglicht erst eine stichhaltige Abgrenzung zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien und dem Überleben und Scheitern von Demokratien in der Zwischenkriegszeit tragfähige Antworten auf die Fragen, warum in dieser Zeit liberale Demokratien entstanden, nicht entstanden, überlebten oder zerbrachen. Der Grund ist ganz einfach: Wir ziehen falsche Schlüsse über Hunde, wenn wir Katzen untersuchen.

Je höher wir die Schwelle legen, um ein politisches Regime als Demokratie zu bezeichnen, desto weniger Regime gelten als demokratisch. Je niedriger wir die Schwelle legen, desto mehr Regime fallen in den Bereich der Demokratie. Die Höhe der Demokratieschwelle verändert dabei die Zusammensetzung des Krei-

2 Vgl. Tim B. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 62 (2014) 4, S. 569–601, hier 572.

3 Folgende Werke machen sich stark, die Konzeptbildung als zentrale Fundamentlegung empirischer Analysen in den Sozialwissenschaften zu betrachten: John Gerring, *Social Science Methodology: A Unified Framework*, Cambridge 2012; Gary Goertz, *Social Science Concepts: A User's Guide*, Princeton 2006; David Collier/John Gerring (Hg.), *Concepts and Method in Social Science: The Tradition of Giovanni Sartori*, London 2009; Giovanni Sartori (Hg.), *Social Science Concepts: A Systematic Analysis*, Beverly Hills 1984.

4 Vgl. Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014; ders., *Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918*. In: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, 4 (2014), S. 30–52; ders., *Die Ordnung der Krise. Zur Revision der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*. In: *Zeitschrift für Ideengeschichte*, 8 (2014), S. 119–126. Zur Diskussion vgl. Steffen Kailitz, *Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive. Eine Replik auf den Beitrag von Tim B. Müller*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 63 (2015) 3 (i. E.); Claus-Dieter Krohn, *Neue Geschichtsmetaphysik. Tim B. Müllers Blick auf die Weimarer Republik*, http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Forum/Krohn_Müller.pdf (15.2.2015); Paul Köppen, *Neue Perspektiven zur Zwischenkriegszeit – Eine Antwort auf Claus-Dieter Krohn*, http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Forum/Köppen_Müller.pdf (15.2.2015).

ses der Demokratien. Bei einer niedrigen Schwelle sind „defekte“ Demokratien enthalten, bei einer sehr hohen nur konsolidierte Demokratien. Eine ausgesprochen niedrige – minimale – Demokratieschwelle bedeutet zugleich, dass wir bestimmte Vorgänge nicht mehr als Demokratiezusammenbruch, sondern nur als eine Veränderung im Rahmen der Regimeform Demokratie interpretieren würden. Wer etwa die Kontrolle der Exekutive durch Parlament und Gerichte nicht als ein Definitionskriterium der Demokratie ansieht, der kann es nicht zugleich als Demokratiezusammenbruch werten, wenn die Exekutive etwa im Zuge von Notstandsgesetzen ihre Kontrolle durch das Parlament ausschaltet. Es ist also nicht unnützlich, sondern eine notwendige Voraussetzung für ein präziseres Urteil über die transnationale Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit, zunächst einmal darüber zu streiten, wie Demokratien und Nicht-Demokratien und wie das Scheitern und Überleben von Demokratien sinnvoll abzugrenzen sind. Weiterhin muss eine transnationale Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit letztlich global geschrieben werden. Aufstieg und Fall der Demokratie in der Zwischenkriegszeit sind Teil des langen Prozesses der globalen Verbreitung der Demokratie. Erstaunlicherweise beschränken sich bis heute nahezu alle Betrachtungen zum Scheitern und Überleben der Demokratie in der Zwischenkriegszeit aber auf Europa. Wer die USA, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg eine dominante Macht war, wie die angelsächsischen Dominions aus der Niederschrift der Demokratiegeschichte ausklammert, verwehrt sich einen Blick darauf, dass die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit eben keineswegs eine reine Misserfolgsgeschichte war. Wer dagegen etwa die ostmittel- und südeuropäischen Demokratien aus-, die USA dagegen einschließt, der versperrt sich systematisch den Blick auf die Misserfolge von Demokratisierungen der Zwischenkriegszeit. Um das Scheitern und Überleben der Demokratie angemessen in die Demokratiegeschichte einzuordnen, ist eine globale Perspektive notwendig.

Ich lege in diesem Beitrag zunächst dar, wie sich liberale Demokratien von Nicht-Demokratien abgrenzen lassen. Aus der Bestimmung der notwendigen Merkmale der liberalen Demokratie leite ich ab, wann eine Demokratisierung und wann ein Demokratiezusammenbruch vorliegt. Erst auf diesem soliden Fundament bewerte ich anschließend, wo Licht und wo Schatten in der Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit zu erkennen sind.

II. Wann ist ein Land eine Demokratie und wann nicht mehr?

Eine Demokratie ist zunächst einmal eine politische Regimeform. Daher ist erst zu bestimmen, was überhaupt ein politisches Regime ist. Das politische Regime ist das „Betriebssystem“, das auf der „Hardware“ des Staats läuft.⁵ Ohne einen

5 Die Analogie stammt von Patrick H. O’Neil, *Essentials of Comparative Politics*, New York 2007, S. 25.

- souveränen - Staat gibt es also kein eigenständiges politisches Regime. Ein politisches Regime umfasst die Regeln darüber, wer 1. prinzipiell die Möglichkeit hat, die Politik des Landes zu bestimmen; 2. wer berechtigt ist, die entscheidenden Politiker zu bestimmen; und 3. unter welchen Bedingungen und Beschränkungen politische Macht ausgeübt wird.⁶ In Phasen, in denen ein Territorium besetzt ist, Bürgerkrieg herrscht oder aus anderen Gründen ein Staatsversagen festzustellen ist, gibt es kein souveränes politisches Regime. Diese Abgrenzung hat Folgen. Nicht als Demokratiezusammenbruch, sondern als von außen erzwungene Regimeunterbrechungen, erscheinen aus dieser Perspektive Besetzungen von demokratischen Ländern wie etwa Dänemarks und Norwegens während des Zweiten Weltkriegs.⁷ Weiterhin sind Transitionen als Phasen der Unsicherheit,⁸ in denen sich ein politisches Regime als ein Ensemble von Regeln (noch) nicht etabliert hat, von Regimephasen abzugrenzen. Teil der Transitionsphase sind Zeiten zwischen dem Zeitpunkt, zu dem sich ein Politiker wie Philipp Scheidemann in Deutschland auf einen Balkon stellt und die Demokratie ausruft, und dem Zeitpunkt, an dem die Wahlberechtigten das erste Mal ihre Regierung wirklich direkt oder indirekt durch freie und faire Wahlen bestimmen können.

Demokratie gehört zu den - nicht nur in den Sozialwissenschaften - umstrittenen Begriffen.⁹ Wir müssen nur daran denken, dass etwa die Regierenden in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gleichermaßen beanspruchten, „demokratisch“ zu regieren. Der Demokratiebegriff der „Volksdemokratien“ war jedoch ein ganz anderer als jener der westlichen Demokratien. Demokratieforscher im 21. Jahrhundert gehen in ihren Untersuchungen durchweg vom „westlichen“, „konstitutionellen“ und „liberalen“ Demokratiebegriff aus.

-
- 6 Vgl. Steffen Kailitz, *Classifying Political Regimes Revisited: Legitimation and Durability*. In: *Democratization*, 20 (2013) 1, S. 38–59. Zur Bestimmung des Regimebegriffs und der Abgrenzung von Regimewechseln vgl. auch Stephanie Lawson, *Conceptual Issues in the Comparative Study of Regime Change and Democratization*. In: *Comparative Politics*, 25 (1993) 2, S. 183–205; Svend-Erik Skaaning, *Political Regimes and Their Changes: A Conceptual Framework*, Stanford 2006.
- 7 So handhaben es etwa Renske Doorenspleet, *Reassessing the Three Waves of Democratization*. In: *World Politics*, 52 (2000), S. 384–406; Alan Siaroff, *Comparing Political Regimes. A Thematic Introduction to Comparative Politics*, Toronto 2009, S. 273. Huntington und Møller/Skaaning haben bei den „Wellen“ und „Gegenwellen“ dagegen Besetzungen mitgerechnet. Dadurch entsteht der Eindruck eines deutlich tieferen Einbruchs der Demokratie in der Zwischenkriegszeit als bei der hier verwendeten alternativen Berechnungsform. Vgl. Samuel P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991, S. 16; Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning, *Requisites of Democracy: Conceptualization, Measurement, and Explanation*, London 2011, S. 72 f.
- 8 Vgl. u. a. Andreas Schedler, *Taking Uncertainty Seriously: The Blurred Boundaries of Democratic Transition and Consolidation*. In: *Democratization*, 8 (2001) 4, S. 1–22.
- 9 Den Begriff prägte: Walter B. Gallie, *Essentially Contested Concepts*. In: *Proceedings of the Aristotelian Society*, (1956) 56, S. 167–198. Den aktuellen Diskussionsstand entfalten David Collier/Fernando Daniel Hidalgo/Andra Olivia Maciuceanu, *Essentially contested concepts: Debates and applications*. In: *Journal of Political Ideologies*, 11 (2006) 3, S. 211–246.

Fast alle Abgrenzungen der Demokratie in der vergleichenden Politikwissenschaft gehen immerhin von einem gemeinsamen Kern des Begriffs aus. Die Konsensbildung ging von der Demokratiebestimmung Robert Dahls aus.¹⁰ Demokratien unterscheiden sich demnach von anderen politischen Regimen durch einen – freien und fairen – Wettbewerb und/oder einen hohen Grad der Partizipationsmöglichkeit der Bürger bei der Selektion der politischen Führer.¹¹ Als drittes notwendiges Kernkriterium der Demokratie erscheint einer ganzen Reihe von Demokratieforschern die institutionelle Kontrolle der demokratisch legitimierten Exekutive durch Gerichte und ein volksgewähltes Parlament.¹² Ein politisches Regime, in dem kein Gericht den Regierungschef für Verletzungen der Gesetze verantwortlich machen kann und/oder der unabhängig von der Parlamentsmehrheit alle Grundlinien der Politik bestimmen kann, ist demnach nicht demokratisch.

Um den Kreis der Demokratien der Zwischenkriegszeit einzugrenzen, habe ich in einem ersten Schritt die transnational vergleichend angelegte Forschungsliteratur zur Zwischenkriegszeit und die wichtigsten internationalen Regimedatensätze (CDPS, CNTS, Lexical, PIPE, PRCD, Polity IV) ausgewertet, die alle oder nahezu alle Länder der Zwischenkriegszeit erfassen. Die Einordnungen der Länder basieren bei diesem Untersuchungsschritt auf neun bis 14 Experteneinstufungen der Regimeform für einzelne Länder. Zehn der ausgewerteten Einstufungen richten sich auf alle Länder der Welt.¹³ Prinzipiell wurden nur vergleichende Betrachtungen herangezogen, die zumindest einen Kontinent in den Blick nahmen. An der fundierten Einordnung der Fälle war bei den internationalen Regimedatensätzen eine ganze Reihe von Forschern beteiligt, bei den qualitativen Untersuchungen stuften gewöhnlich ein bis drei Forscher die Regime ein.¹⁴ Mit relativ wenigen Ausnahmen gibt es einen sehr klaren Grundtenor, welche

10 Dahl spricht lieber von „Polyarchie“, da nach seiner Einschätzung kein Land der Welt je die Schwelle zu einer wirklichen Demokratie genommen hat.

11 Vgl. Robert A. Dahl, *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven 1971, S. 7. Vgl. auch Angel Alvarez/Michael Coppedge/Claudia Maldonado, *Two Persistent Dimensions of Democracy: Contestation and Inclusiveness*. In: *Journal of Politics*, 70 (2008) 3, S. 632–647; G. Bingham Powell, *Contemporary Democracies. Participation, Stability and Violence*, Cambridge 1982, S. 3; Tatu Vanhanen, *The Emergence of Democracy. A Comparative Study of 119 States, 1850–1979*, Helsinki 1984, S. 11.

12 Vgl. Hans-Joachim Lauth, *Die Kontrolldimension in der empirischen Demokratiemesung*. In: Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel (Hg.), *Demokratiemesung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2000, S. 49–72.

13 Darunter befinden sich auch einige wenige, die nicht als Datensatz online vorliegen: Doorenspleet, *Reassessing the Three Waves*; Huntington, *The Third Wave*, S. 15, Alan Siaroff, *Comparing Political Regimes. A Thematic Introduction to Comparative Politics*, Toronto 2009.

14 Zu den mit Blick auf die Einstufung europäischer Regime der Zwischenkriegszeit herangezogenen Werke zählen u. a. Nancy Bermeo, *Ordinary People in Extraordinary Times: The Citizenry and the Breakdown of Democracy*, Princeton 2003; Giovanni Capoccia, *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*, Baltimore 2005.

Länder in der Zwischenkriegszeit Demokratien waren; etwas größere Abweichungen gibt es bei der genauen zeitlichen Abgrenzung der demokratischen Phasen.¹⁵ Viele vom Grundtenor abweichende Einordnungen eines Landes als Demokratie oder Nicht-Demokratie sind dabei als Fehlkodierungen oder zumindest als Außenseiterbewertungen einzelner Fälle zu sehen. Tatsächlich gibt es nur bei vier Ländern nahezu ein Patt in der Beurteilung der Regimeexperten, ob es eine demokratische Phase in der Zwischenkriegszeit gab. Dies sind Bulgarien, Chile, Jugoslawien und – für manchen europazentrierten Forscher vielleicht etwas überraschend – Japan.¹⁶

In einem zweiten Schritt lege ich bei der Eingrenzung des Felds der Demokratien eine einheitliche Demokratiedefinition zugrunde. Eine Demokratie zeichnen demnach sechs anspruchsvolle Merkmale aus: 1. Es gibt ein gewähltes Parlament, und 2. der Regierungschef geht direkt aus Wahlen hervor, oder er wird auf der Grundlage des Ergebnisses der Parlamentswahlen bestimmt. Die Wähler müssen bei den Wahlen wirklich auswählen können. Es muss also mindestens eine Partei geben, die nicht Staatspartei wie die KPdSU in der Sowjetunion ist oder zu einem Einheitsblock von Regimeparteien wie in der DDR zählt. Weiterhin muss der demokratisch legitimierte Regierungschef tatsächlich die Regierungsmacht ausüben. 3. Die politische Macht des Regierungschefs muss effektiv durch ein Parlament und Gerichte beschränkt und kontrolliert sein. 4. Die Wahlen müssen frei und fair sein. Die Regierung darf also nicht die Opposition unterdrücken, und es dürfen keine Stimmen gekauft oder das Wahlergebnis manipuliert werden. 5. Es sind Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit gewährleistet. Dieser fünfte Punkt bildet den Kern des Attributs „liberal“ von Demokratien.¹⁷ 6. Es gilt zumindest das allgemeine Männerwahlrecht, und es gibt keine einflussreichen Stimmgewichtungen. Alle politischen Regime, die zwar die

15 Vgl. dazu und vor allem zur Auseinandersetzung mit den „Grenzfällen“ zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie in der Zwischenkriegszeit den Beitrag von Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning in diesem Heft.

16 Auf den Abdruck der Übersicht der Regimezuordnungen in diesem Beitrag wurde wegen der Überschneidung mit der ähnlichen auf Europa begrenzten Auswertung von Expertenwertungen verzichtet. Vgl. den Online-Appendix zu diesem Beitrag auf den Seiten des HAIT. Zu den Untersuchungen, die Phasen der Geschichte Japans in der Zwischenkriegszeit als demokratisch zu klassifizieren, gehören: Huntington, *The Third Wave*, S. 15; Alan Siaroff, *Comparing Political Regimes. A Thematic Introduction to Comparative Politics*, Toronto 2009.

17 Faktisch impliziert Punkt 4 bereits Punkt 6. Die explizite Benennung der Freiheitsrechte in einem eigenem Punkt betont aber doch deutlich besser das starke Gewicht der Freiheitsrechte zur Charakterisierung der liberalen Demokratie. Die Charakterisierung von Staaten als „illiberale Demokratien“ (u. a. Fareed Zakaria, *The Rise of Illiberal Democracy*. In: *Foreign Affairs*, 76 [1997] 6, S. 22–43; ders., *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad*, New York 2003) zeigt an, dass elektorale Regime empirisch nicht mit einer Verwirklichung der Bürgerrechte einhergehen müssen. Vgl. zum definitonischen Fehlschluss, dass ein Regime mit Mehrparteienwahlen eine Demokratie sein muss u. a. Terry Lynn Karl, *Electoralism*. In: Richard Rose (Hg.), *The International Encyclopedia of Elections*, Washington 2000, S. 95 f.

ersten beiden Merkmale erfüllen, aber ganz und gar nicht das dritte und/oder vierte und/oder fünfte, sind elektorale Autokratien.¹⁸ Politische Regime, bei denen nur kleinere „Defekte“ bei den Punkten 3, 4, 5 oder 6 vorliegen, können dagegen noch als „defekte Demokratien“¹⁹ gelten. Alle politischen Regime, die nur das sechste Kriterium des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts nicht erfüllen, sind elektorale Oligarchien. Ein Beispiel für eine elektorale Oligarchie ist Großbritannien vor 1918.

Aus demokratietheoretischer wie aus heutiger Perspektive lässt sich bezweifeln, ob Länder bereits durch ein allgemeines Männerwahlrecht und nicht erst durch ein universelles Wahlrecht aller Erwachsenen die Grenze zur liberalen Demokratie überschreiten. Ein Ausschluss aller Frauen von Wahlen erscheint nämlich ebenso unvereinbar mit einer liberalen Demokratie wie der Ausschluss aller Schwarzen von den Wahlen in Südafrika zu Zeiten der Apartheid.

Wenn wir in der Zwischenkriegszeit das universale Wahlrecht als notwendiges Demokratiekriterium ansehen, dann führt dies dazu, dass wir die USA erst ab 1920, Großbritannien erst ab 1928 und etwa Belgien, Frankreich und die Schweiz in der Zwischenkriegszeit zu keinem Zeitpunkt als Demokratien einstufen können. Wer diese Staaten aber für die gesamte Zwischenkriegszeit als Nicht-Demokratien einstuft, setzt sich in ein fundamentales Spannungsverhältnis zur zeitgenössischen Einordnung dieser politischen Regime in der Zwischenkriegszeit. Daher ist in den sauren Apfel zu beißen und als notwendiges Kriterium für Demokratien der Zwischenkriegszeit lediglich das allgemeine Männerwahlrecht zu setzen. Zugleich zwingt der Pragmatismus auch dazu, über faktische rassistische Einschränkungen des Wahlrechts in den Südstaaten der USA hinwegzusehen. Bereits diese wenigen beiläufigen Bemerkungen zeigen, dass es in der Zwischenkriegszeit so etwas wie vollendete Demokratien nicht gab.²⁰ Die moderne Massendemokratie war Anfang der 1920er-Jahre noch ein historisch neues Phänomen.

Die Ergebnisse der inhaltlichen Abgrenzung des Kreises der Demokratien auf der Grundlage der sechs Kriterien harmonisiert mit der Abgrenzung des Kreises der Demokratien auf der Grundlage des Tenors der bisherigen Expertenwertungen. Die Grenzfälle Chile und Japan lassen sich nach inhaltlicher Betrachtung

18 Vgl. zum Konzept der elektoralen Autokratien bzw. (synonym verwendet) des elektoralen Autoritarismus: Andreas Schedler (Hg.), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006.

19 Vgl. Wolfgang Merkel, *Embedded and Defective Democracies*. In: *Democratization*, 11 (2004) 5, S. 33–58; Aurel Croissant/Wolfgang Merkel, *Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 41 (2000), S. 3–30.

20 Insofern ist es aus der Perspektive des transnationalen Vergleichs kaum hervorhebenswert, dass die deutsche Demokratie „unvollendet“ war. Dieser Punkt wird aber in der Geschichtsschreibung zur deutschen Demokratie der Zwischenkriegszeit noch immer sehr stark betont. Vgl. u. a. Horst Möller, *Die Weimarer Republik: Eine unvollendete Demokratie*, München 2006.

den Nicht-Demokratien zuweisen, während bei Bulgarien und Jugoslawien Zweifel bleiben, ob diese eher Gerade-so- oder eher Gerade-so-nicht-Demokratien sind. Einige Fälle wie Argentinien, Griechenland und Portugal rücken dagegen erst durch diese systematische Prüfung der Definitionsmerkmale der Demokratie deutlich in einen Grenzbereich zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie. Bei den Zweifelsfällen wurde letztlich pragmatisch der bisherige vorherrschende Tenor der Entscheidung als Grundlage der Zuordnung zu Demokratie und Nicht-Demokratie genutzt. Argentinien, Griechenland und Portugal firmieren daher als Demokratien, Bulgarien und Jugoslawien als Nicht-Demokratien. Es sei aber klar unterstrichen, dass mit dieser Grenzziehung nicht vernebelt werden soll, dass diese Regime weit mehr miteinander gemeinsam haben als die demokratischen Phasen Griechenlands und Großbritanniens einerseits sowie die nicht-demokratischen Phasen Deutschlands (also 1933 bis 1945) und Jugoslawiens andererseits.

Nachdem inhaltlich bestimmt ist, wann ein Staat eine liberale Demokratie ist, lässt sich im Umkehrschluss daraus ableiten, wann wir eine Demokratisierung und wann wir einen Demokratiezusammenbruch vor uns haben. Bei der Bestimmung des Begriffs Demokratisierung ist zwischen zwei möglichen Begriffsinhalten zu unterscheiden: Mit Demokratisierung im Sinne eines Prozesses kann jede Bewegung in Richtung mehr Demokratie, etwa durch Wahlrechtserweiterung in einem politischen Regime, gemeint sein. Das Ereignis der Demokratisierung eines Staats, also nicht bloß eine Bewegung in Richtung der Demokratie, liegt aber erst dann vor, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt mindestens ein vorher fehlendes notwendiges Merkmal der Demokratie hinzukommt und damit alle notwendigen Merkmale der Demokratie erfüllt sind. Für eine Demokratisierung genügen also Worte nicht. So begann, als Philipp Scheidemann am 9. November 1918 die deutsche Republik ausrief, die Transition zur Demokratie, aber Deutschland war damit noch nicht demokratisch.

Das Ereignis eines Demokratiesturzes liegt dann vor, wenn mindestens eines der notwendigen Merkmale einer Demokratie außer Kraft gesetzt wird. Dies ist der Fall, wenn 1. ein Regierungschef das Parlament ohne verfassungsrechtliche Grundlage und ohne klare Bestimmung eines Termins für Neuwahlen auflöst; 2. wenn der Regierungschef nicht mehr demokratisch legitimiert ist. Dies ist etwa immer dann der Fall, wenn politische Oppositionsbewegungen und/oder das Militär mit Gewalt oder ihrer Androhung erzwingen, dass Personen ohne demokratische Legitimation die Regierung übernehmen. Zu beachten ist dabei, dass Regierungschefs in parlamentarischen Demokratien ihre demokratische Legitimation verlieren, wenn sie ohne verfassungsmäßige Grundlage das Parlament auflösen und/oder sich durch Wahlen im Amt bestätigen lassen, die nicht mehr frei und fair sind. Weiterhin lässt sich 3. eine Demokratie als zusammengebrochen ansehen, wenn die Exekutivmacht nicht mehr effektiv durch das Parlament und/oder Gerichte kontrolliert wird. Dies geschieht, wenn Regierungschefs die verfassungsmäßigen Kontrollen der Exekutive aushebeln. Eine Demokratie endet 4. auch dann, wenn ein Regierungschef sich durch gefälschte Wahlen im

Amt bestätigen lässt oder sich durch gefälschte Wahlen eine Parlamentsmehrheit verschafft. Auch der Beginn einer systematischen Benachteiligung der Opposition markiert das Ende einer Demokratie. Dies kann etwa durch ein Verbot aller Oppositionsparteien oder zumindest der stärksten Oppositionspartei geschehen. Eine Demokratie ist auch dann zerstört, wenn 5. die Regierung die Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit nicht nur – mit guter Begründung wie einem Kriegsfall und zeitlich begrenzt – einschränkt, sondern weitgehend und unbefristet abschafft. Schließlich endet eine Demokratie auch dann, wenn 6. das allgemeine Wahlrecht wieder abgeschafft wird oder Stimmgewichtungen eingeführt werden.

Der Begriff der „Demokratiekonsolidierung“ ist für die folgende Betrachtung bedeutsam, aber im Vergleich zu den Begriffen „Demokratisierung“ und „Demokratiezusammenbruch“ nachgeordnet. Im Kern verweisen die folgenden Betrachtungen in mancher Hinsicht gar auf die Problematik des Begriffs der „Demokratiekonsolidierung“. Eine Demokratie gilt in der Demokratieforschung gewöhnlich als konsolidiert, wenn aufgrund ihres Zustands, im Kern ihrer Demokratiequalität, ihr Sturz als extrem unwahrscheinlich angesehen werden kann.²¹ Konsolidierte Demokratien brechen demnach (nahezu) per definitionem nicht zusammen. Wenn eine Demokratie zusammenbricht, scheiterte also zuvor bereits die Konsolidierung der Demokratie.

III. Von der ersten langen „Welle“ der Demokratisierung zur „Explosion“, dem „Rückstoß“ und der „Krise“ der Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Zur Beschreibung der historischen Entwicklung der Verteilung zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien nutzte Samuel Huntington die Metapher der „Welle“. Eine „Welle“ der Demokratisierung umfasst demnach eine Gruppe von Transitionen von der Nicht-Demokratie zur Demokratie in einem abgegrenzten Zeitraum. Die Zahl der Transitionen von der Nicht-Demokratie zur Demokratie muss in diesem Zeitraum deutlich die Zahl der Transitionen von der Demokratie zur Nicht-Demokratie übertreffen.²²

21 Vgl. u. a. Andreas Schedler, Measuring Democratic Consolidation. In: *Studies in Comparative International Development*, 36 (2001) 1, S. 66–92; ders., What is Democratic Consolidation? In: *Journal of Democracy*, 9 (1998) 2, S. 91–107; Harald Waldrauch, Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel, Wien 1996; Stephen E. Hanson, Defining Democratic Consolidation. In: *Postcommunism and the Theory of Democracy*. Hg. von Richard Anderson, M. Steven Fish, Stephen E. Hanson und Philip G. Roeder, Princeton 2001, S. 126–151.

22 Vgl. Huntington, *The Third Wave*, S. 15.

Laut Samuel Huntington zog sich die „erste Welle“ der Demokratisierung über einen Zeitraum von fast genau 100 Jahren hin, von 1828 bis 1926. Die erste autokratische „Rückwelle“ dauerte laut Huntington von 1922 bis 1942. Das Ende der „ersten Welle“ der Demokratisierung überlappt damit bei Huntington in der Endphase mit der ersten autokratischen „Rückwelle“.²³

Es erscheint konzeptionell wenig überzeugend zu behaupten, dass ein bestimmter Zeitraum zugleich von einer „Welle“ der Demokratisierung und einer „Gegenwelle“ der Entdemokratisierung charakterisiert gewesen sein soll. Sinnvoller erscheint es, solche Phasen, in denen sich Transitionen zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien die Waage halten, als Phasen der Stagnation und/oder relativ gleichmäßigen Fluktuation zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien weder einer „Welle“ der Demokratie noch einer „Gegenwelle“ zuzurechnen. Solche Phasen haben schlicht keinen klaren Trend.

Huntingtons Abgrenzung der „ersten Welle“ der Demokratie von 1828 bis 1926 erscheint auch in anderer Hinsicht korrekturbedürftig. Huntington vermengt in seiner „ersten Welle“ die frühen Demokratien mit ihren überaus langen Demokratisierungsprozessen wie in Großbritannien und den USA mit den Demokratien, die sich erst im Gefolge des Ersten Weltkriegs mit einem radikalen Schritt neu etablierten. Eine analytische Trennung der langsamen Demokratisierungen im Zuge der „ersten Welle“ der Demokratie und jener Demokratisierungen im Zuge einer rasanten explosionsartigen Verbreitung der Demokratie während eines kurzen „liberalen Moments“ der Geschichte erscheint aber notwendig.

Wie lässt sich auf dieser Grundlage die Demokratiegeschichte bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs zusammenfassen? Wenn das erste Überschreiten der Schwelle zur Demokratie von Ländern als Ausgangspunkt der „Welle“ zählt,²⁴ beginnt also die „erste Welle“ erst deutlich später als von Huntington angegeben. Die erste lange „Welle“ der Demokratisierung reicht demnach „nur“ von 1870 bis 1920.²⁵ Vor dem Ersten Weltkrieg überquerten nach langen Prozessen, die keineswegs ohne Rückschläge und Umwege verliefen, die USA und Frankreich bis 1870,²⁶ die Schweiz bis 1879, Neuseeland bis 1889, Kanada bis 1898, Australien bis 1903, Norwegen bis 1905 und Belgien bis 1909 die Schwelle zur liberalen Demokratie. Als der Erste Weltkrieg begann, gab es weltweit erst acht liberale Demokratien. Nur vier europäische Staaten waren darunter: Belgien, Frankreich, Norwegen und die Schweiz. Eine Reihe weiterer europäischer Staaten bewegte sich wie Großbritannien bereits seit sehr langer Zeit in Richtung Demokratie, ohne aber die Schwelle zur liberalen Demokratie bereits überschritten zu haben. Vorreiter der demokratischen Entwicklung waren zu Beginn des

23 Vgl. ebd., S. 16.

24 Gerade Huntingtons „Wellen“-Definition verlangt dieses Vorgehen. Es gibt nach seiner Definition nämlich keine „Welle“ ohne abgeschlossene Transitionen zur Demokratie.

25 Vgl. den Online-Appendix dieses Beitrags zu den historischen Marksteinen der Demokratisierung in den Demokratien der Zwischenkriegszeit.

26 In den beiden ersten modernen Demokratien dauerte der Demokratisierungsprozess mithin rund 100 Jahre.

20. Jahrhunderts insbesondere die angelsächsischen Siedlerkolonien Australien, Kanada, Neuseeland und die USA.

Typisch für die Staaten der „ersten Welle“ der Demokratisierung ist, dass diese Staaten politischen Wettbewerb ermöglichten und Bürgerrechte gewährleisteten, lange bevor sie (zumindest) die erwachsene (männliche) Bevölkerung an der Auswahl ihrer politischen Vertreter beteiligten. Weiterhin waren auf dem Weg hin zur Demokratie in fast allen Ländern wie etwa in Großbritannien, den USA und allen lateinamerikanischen Wahlregimen massive Wahlmanipulationen üblich.²⁷ Bereits in der Zeit des Ersten Weltkriegs nahm die Verbreitung der Demokratie in Europa deutlich zu. Nach ihren langen Bewegungen in Richtung Demokratie überquerten nun auch Dänemark 1915, die Niederlande und Schweden 1917 sowie Großbritannien 1918 die Demokratieschwelle. In den europäischen Staaten erfolgten diese langsamen Übergänge zur Demokratie durch eine allmähliche Ausweitung des Wahlrechts und/oder dadurch, dass der Monarch nach und nach seine Exekutivmacht an den demokratisch legitimierten Regierungschef verlor. Argentinien und Uruguay überschritten 1916 die Schwelle zur Demokratie auch durch eine Ausweitung der Partizipation, vor allem aber durch eine – weitgehende – Sicherung der Fairness der Wahlen.²⁸ Aus der Perspektive der „ersten Welle“ war Demokratisierung ein langwieriger historischer Schleichweg zu mehr und mehr Demokratie. Den erfolgreichen Demokratisierungen stand aber während der „ersten Welle“ der Demokratisierung mit Portugal nur ein Land gegenüber, in dem die Demokratisierung scheiterte.²⁹ Portugal stellt allerdings mit Blick auf die geringe tatsächliche Wahlbeteiligung und das hohe Maß der Gewalt in der portugiesischen Politik einen Grenzfall zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie dar. Es spricht fast genauso viel dafür, Portugal keine gelungenen Transitionen zur Demokratie zu attestieren. Wenn wir Portugal unterhalb der Schwelle der liberalen Demokratie einordnen, dann gab es während der gesamten „ersten Welle“ der Demokratisierung keine einzige Transition von einer liberalen Demokratie zu einer Nicht-Demokratie.

Es ist höchst beliebt und durchaus naheliegend, den Ersten Weltkrieg jedenfalls mit Blick auf Europa als einen wesentlichen Katalysator der Demokratisierung

27 Vgl. John Garrard, *Democratization in Britain*. In: John Garrard/Vera Tolz/Ralph White (Hg.), *European Democratization since 1800*, Basingstoke 2000, S. 27–49.

28 Vgl. u. a. Anne L. Potter, *The Failure of Democracy in Argentina 1916–1930: An Institutional Perspective*. In: *Journal of Latin American Studies*, 13 (1981) 1, S. 83–109; Philip B. Taylor, *The Uruguayan Coup d'Etat of 1933*. In: *Hispanic American Historical Review*, 32 (1952), S. 301–320. Im Falle Argentiniens lässt sich allerdings durchaus darüber streiten, ob angesichts deutlicher Mängel bei der Kontrolle der Exekutive und lokalen Wahlmanipulationen die Grenze zur liberalen Demokratie wirklich überschritten wurde.

29 Dies allerdings gleich zweimal, am 25. 1. 1915 und am 12. 5. 1917. Beide portugiesischen Demokratiezusammenbrüche finden sich, wohl weil sie sich im Schatten des Weltkriegs in einem Staat an der südwestlichen Peripherie Europas ereigneten, bislang in keiner Auflistung von weltweiten Demokratiezusammenbrüchen.

anzusehen.³⁰ Kriegseinsatz und Ausweitung des Wahlrechts waren bereits im Zuge der Französischen Revolution untrennbar verbunden. So legte das Dekret vom 3. August 1792 fest, dass jeder Franzose der im „Freiheitskrieg“ gekämpft hatte, das Wahlrecht erhielt.³¹ Der Erste Weltkrieg war nun ein Krieg der nach Millionen zählenden Massen. Eric Hobsbawm nennt dies – etwas zynisch – eine „Demokratisierung des Krieges“.³² War also der Durchbruch der Massendemokratie eine Folge des bis dahin größten Massenkriegs der Geschichte?

Bei den Demokratisierungen zur Zeit des Ersten Weltkriegs – auf dem Gipfel der „ersten Welle“ – war nur in einem Fall der Erste Weltkrieg eine mögliche Hauptursache der Ausweitung des Wahlrechts: Großbritannien. Beim Blick auf die britische Demokratiegeschichte gilt es vielen als ausgemacht, dass die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer ein Tauschgut für deren Kriegseinsatz gewesen sei. Hierfür gibt es auch einige Anhaltspunkte. So deutet die nach Kriegsbeginn einsetzende britische Diskussion um „one rifle, one vote“ klar in diese Richtung.³³

Auch an diesem Punkt zeigt sich aber, dass die europäische Perspektive unzureichend ist, weil dadurch mit Scheuklappen auf die Geschichte geblickt wird. Aus der globalen Perspektive war das „Mutterland“ der Parlamentarisierung inzwischen nämlich bei der Wahlrechtserweiterung auf alle Männer von seiner ehemaligen Kolonie USA und seinen Dominions Australien, Kanada und Neuseeland bei der Demokratisierung überholt worden. In Europa hatten selbst autoritäre Mächte wie das Deutsche Kaiserreich und das Habsburger Reich bereits längst das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt. Es war aus der globalen Perspektive also überfällig, dass auch Großbritannien endlich (zumindest) alle erwachsenen Männer ihre parlamentarischen Vertreter bestimmen ließ. Es erscheint aber unwahrscheinlich, dass das Wahlrecht auch ohne den Krieg den Männern Großbritanniens noch sehr lange verwehrt worden wäre. Bei Dänemark, den Niederlanden, Schweden, Argentinien und Uruguay sowie auch Portugal kommt eine direkte demokratisierende Wirkung des Ersten Weltkriegs ohnehin kaum als vorrangiger Erklärungsfaktor infrage. Alle diese Staaten waren im Ersten Weltkrieg neutral oder wie Portugal Kriegsteilnehmer mit einer nur marginalen Beteiligung. Zumindest bei den Demokratisierungen auf dem Gipfel der „ersten Welle“ war der Erste Weltkrieg also nicht die entscheidende Ursache.

30 Vgl. u. a. Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 63 (2014), S. 321–348, hier 323–326.

31 Vgl. Adam Przeworski, Conquered or Granted? A History of Suffrage Extensions. In: British Journal of Political Science, 39 (2009) 2, S. 291–321, hier 303.

32 Eric Hobsbawm/Yvonne Badal, Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1994, S. 48.

33 Vgl. Jörn Leonhard, Gewalt und Partizipation. Die Zivilgesellschaft im Zeitalter des Bellizismus. In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 14 (2005) 4, S. 49–69, hier 62.

Die Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses während des Ersten Weltkriegs erscheint bis zur russischen Februarrevolution 1917 eher als eine zeitliche Koinzidenz denn als eine Folge des Ersten Weltkriegs. Der Erste Weltkrieg hatte sogar im Sinne einer Machtkonzentration bei der Exekutive und einer Beschränkung der Freiheitsrechte der Bürger deutlich weniger demokratie- als autokratieförderliche Wirkungen, etwa in Frankreich und Großbritannien.³⁴ Der erste moderne Massenkrieg, der massiv die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft zog, förderte im Zuge der Kriegspropaganda aller Seiten zudem völkische Klischees und damit rechtsextrêmes imperialistisches Denken.

Der Erste Weltkrieg war zunächst ganz und gar kein kriegerisches Kräfte-messen zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien. Er begann vielmehr als geradezu familiärer Konflikt zwischen der parlamentarischen Monarchie Großbritannien, der konstitutionellen Monarchie des Deutschen Kaiserreichs und der absoluten Monarchie des Russischen Kaiserreichs. Erst nach der Februarrevolution 1917 in Russland und dem Eintreten der USA in den Weltkrieg am 6. April 1917 konnte US-Präsident Woodrow Wilson die Verbreitung der Demokratie als Kriegsziel propagieren.³⁵ Die angelsächsischen Großmächte USA und Großbritannien nutzten zusammen mit den in ihrer Bedeutung im Ersten Weltkrieg häufig unterschätzten Dominions Australien, Kanada und Neuseeland nun die Formeln vom „demokratischen“ oder „progressiven“ Krieg, um die Massen zu mobilisieren. Besonders stark in Europa, aber auch – häufig bei eurozentrischem Blick übersehen – in Lateinamerika und sogar Asien zeigte sich in der Endphase des Kriegs, konkret mit dem Kriegseintritt der USA, ein starker Rückenwind für die Demokratie.³⁶ Der konkrete Auslöser des Rückenwinds war dabei die Demokratisierung Russlands im Zuge der Februarrevolution. Zuvor mochte die USA nicht an der Seite der autokratischsten europäischen Macht, dem Russischen Zarenreich, in den Krieg ziehen. Erst jetzt schlug sich der demokratische „Zeitgeist“ vehement in den internationalen Debatten nieder. So war in Deutschland bereits die „Friedensresolution“ von Linksliberalen, SPD und Zentrum im Juli 1917 von diesem neuen „Zeitgeist“ getragen.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs war ein „kritischer Augenblick“³⁷ der Weltgeschichte. Mit dem Habsburger Reich, dem Deutschen Kaiserreich, dem Russischen Kaiserreich und dem Osmanischen Reich verschwanden die letzten

34 Vgl. u. a. David Edgerton, *Warfare State: Britain, 1920–1970*, Cambridge 2005.

35 Vgl. E. M. Hugh-Jones, *Woodrow Wilson and American Liberalism*, London 1947.

36 Aus eurozentrischer Sicht gehen wichtige Facetten der Demokratieggeschichte verloren. So galt Uruguay in den 1920er-Jahren Zeitgenossen – vor allem in den USA – als eine geradezu vorbildliche „progressive“ Demokratie. Vgl. u. a. Harry A. Franck, *Uruguay: A Progressive Republic*. In: *Century Magazine*, (1921) 101, S. 737–744.

37 Zur Bedeutung „kritischer Augenblicke“ in der Geschichte vgl. u. a. Hillel David Soifer, *The Causal Logic of Critical Junctures*. In: *Comparative Political Studies*, 45 (2012) 12, S. 1572–1597; Giovanni Capocchia/R. Daniel Kelemen, *The Study of Critical Junctures: Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism*. In: *World Politics*, 59 (2007) 3, S. 341–369.

Großmächte Europas mit regierenden Monarchen von der Weltbühne.³⁸ Die mit Abstand wichtigste politische und ökonomische Großmacht der Welt war die demokratische USA. Überall dort, wo Monarchien wie in Großbritannien oder den skandinavischen Staaten auch nach dem Ersten Weltkrieg überdauerten, hatten die Monarchen fast nur noch zeremonielle Funktionen und kaum mehr politische Macht.³⁹

Hinter der monarchischen Idee standen noch bedeutende gesellschaftliche Kräfte, vor allem der Adel. Der Kampf der Ideen war für die Monarchisten aber verloren. Die politischen Debatten dominierten die Anhänger der Demokratie. Den nationenübergreifenden demokratischen Impuls für die deutsche Demokratiegründung fasste etwa der sozialdemokratische Reichskanzler Gustav Bauer so zusammen, dass die deutschen Demokraten einen „Ruf von jenseits der Grenzen“ aufnahmen, „einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie“.⁴⁰ Auch in Ostmitteleuropa nahmen die führenden Politiker den Ruf von jenseits der Grenzen auf, sie waren aber weit skeptischer, was die Frage einer „Unbesiegbarkeit“ der Demokratie anging. Tomáš Masaryk fragte sich und seine Landsleute etwa kritisch, ob sie „für die Freiheit, für die Verwaltung und den Erhalt des selbstständigen Staates“⁴¹ wirklich reif seien. Er bejahte dies letztlich, hielt eine Stabilisierung der Demokratie aber nur für möglich unter der Voraussetzung, dass die Demokratie in ganz Europa weiter gestärkt würde. Gerade beim Blick auf die osteuropäischen Staaten, die in der Zwischenkriegszeit Teil von Europas „Dritter Welt“⁴² waren, dürfte der nationenübergreifende demokratische „Zeitgeist“ eine entscheidende Triebfeder für die Einführung der Demokratie gewesen sein. Der „demokratische Moment“ 1918 bis 1920 war im Kern wenn schon kein „Wilsonischer Moment“⁴³ so doch zumindest ein wesentlich von US-Präsident Wilson ausgelöster „Moment“. Wilson zündete mit seinen 14

38 Regierende Monarchien sind Regime, in denen ein Monarch die Exekutivgewalt direkt oder indirekt über eine von ihm eingesetzte Regierung ausübt und nicht bloß wie in Großbritannien das Staatsoberhaupt ist. Bei einer Verlagerung des Blickpunkts von den liberalen Demokratien hin zur Monarchie mit regierendem Monarch lässt sich die Periode von 1905 bis 1920 als Periode des Niedergangs der Monarchien in Europa charakterisieren. Vor allem in der Phase 1905 bis 1918 glich der langsame Niedergang der regierenden Monarchien geradezu spiegelbildlich dem langsamen Aufstieg der liberalen Demokratie.

39 Vgl. Edmond Taylor, *The Fall Of The Dynasties: The Collapse of the Old Order 1905–1922*, New York 1963.

40 Vgl. Verhandlungen der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Band 328, Berlin 1920, S. 1852.

41 Masaryk zitiert nach Eva Broklova, *Die Tschechoslowakische Republik, 1918*. In: Erwin Oberländer (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944*, Mainz 1995, S. 125–135, hier 132.

42 Vgl. dazu den hervorragenden Überblick von Derek Howard Aldcroft, *Europe's Third World: The European Periphery in the Interwar Years*, Aldershot 2006.

43 Vgl. Erez Manela, *The Wilsonian Moment: Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

Punkten die Lunte, die zur „Explosion“ der Demokratisierungen in Zentral- und Osteuropa in diesem Zeitraum führte.⁴⁴

Zwischen Anfang 1919 und Mitte 1920 stieg die Zahl der Demokratien in kurzer Zeit massiv an. Es handelte sich um eine „Explosion“⁴⁵ der Demokratie oder – weniger martialisch ausgedrückt – um einen „demokratischen Moment“⁴⁶ der Geschichte. Es entstanden durch Regimewechsel und/oder Staatsgründungen neue Demokratien mit den Wahlen 1919 in Deutschland (19. Januar), Polen (26. Januar), Österreich (16. Februar), Finnland (1. März), Estland (15. April) sowie 1920 in Litauen (14. April), Lettland (17. April) und der Tschechoslowakei (18. April).

Die Ausläufer der „ersten Welle“ der Demokratisierung überschritten sich mit der „Explosion“ der Demokratien. Im Unterschied zu den revolutionsartigen Demokratisierungen z. B. in Deutschland und Österreich bewegte sich etwa Italien seit 1912 im Schneckentempo in Richtung der Demokratieschwelle und überquerte sie endlich mit den Parlamentswahlen im November 1919. Auch die Redemokratisierung Portugals ist kein Teil des explosiven Ausbruchs der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg.

Die neuen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg lösten im Zuge eines fundamentalen Regimewechsels monarchische Regime ab und/oder gingen einher mit einer neuen Staatsgründung. Vier Jahrzehnte (von 1870 bis 1910) hatte es gedauert, bis acht liberale Demokratien auf der Erde zu finden waren. Nun schien der Knoten durchschlagen. In weniger als sechs Jahren, zwischen 1914 und 1920, verdreifachte sich die Zahl der Demokratien auf der Welt nahezu.

Neben den Staaten, denen die Demokratisierung gelang, bewegte sich während des „demokratischen Moments“ 1919/20 noch eine Reihe weiterer Staaten in Richtung Demokratie, ohne dass ihnen die Transition zur Demokratie vollständig

44 Tatsächlich wird bei den 14 Punkten stark von der Wirkung auf die Absicht geschlossen. In den Punkten von der Absicht einer Verbreitung der Demokratie in Europa ist allerdings keine Rede. Die artikuliert Kernforderung war vielmehr die – im ökonomischen Interesse der USA liegende – Durchsetzung des Freihandels: „The removal of all economic barriers and the establishment of equality of trade conditions among all the nations consenting to the peace and associating themselves for its maintenance.“

45 Die Metapher der „Explosion“ wurde nach meiner Kenntnis in folgendem Beitrag für die Phase 1989 bis 1991 geprägt: Ronald Inglehart/Christian Welzel, *Human Development and the “Explosion” of Democracy: Variations of Regime Change across 60 Societies*, Berlin 2001. Leicht abweichend spricht Dirk Berg-Schlosser für die Jahre 1918/19 von einer „Konjunktur“ der Demokratie. Die unterschiedlichen Abgrenzungen kommen wohl dadurch zustande, dass bei Berg-Schlosser der Bezugspunkt die Ausrufung der Demokratie ist, hier aber der Zeitpunkt der ersten freien und fairen Wahlen. Dirk Berg-Schlosser, *Long Waves and Conjunctures of Democratization*. In: *Democratization*, Hg. von P. Bernhagen, Christian W. Haerpfer, Ronald Inglehart und Christian Welzel, Oxford 2009, S. 41–54, hier 46.

46 Vgl. mit Blick auf den „Moment“ 1989 bis 1991: Marc F. Plattner, *The Democratic Moment*. In: *Journal of Democracy*, 2 (1991) 4, S. 34–46. Alternativ lässt sich synonym von einem „liberalen Moment“ sprechen. Daniel M. Green, *Liberal Moments and Democracy’s Durability: Comparing Global Outbreaks of Democracy – 1918, 1945, 1989*. In: *Studies in Comparative International Development*, 34 (1999) 1, S. 83–120.

glückte. Immerhin änderte sich in diesen Staaten wie in Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien aber die Regimeform von einer Autokratie ohne Wahlen in Richtung einer kompetitiven Autokratie.⁴⁷ Besonders in den Fällen Bulgarien und Jugoslawien lässt sich auch darüber streiten, ob nicht zumindest zeitweilig die Schwelle zur Demokratie überschritten wurde.⁴⁸

Elektorale Autokratien ähneln in ihrem Institutionenaufbau und vor allem mit ihren Wahlen Demokratien auf den ersten Blick stark. Die wesentlichen Unterschiede sind aber – wie bereits erläutert –, dass die Wahlen nicht frei und fair sind und/oder die Exekutivmacht des Regierungschefs gar nicht oder gänzlich unzureichend durch das Parlament beschränkt ist. Dass elektorale Autokratien neu entstehen, erscheint als ein typisches Nebenprodukt „demokratischer Momente“. Elektorale Autokratien formieren sich vor allem wohl, wenn politische nicht-demokratische Akteure in einem Land aufgrund eines internationalen demokratischen „Zeitgeistes“ den Anschein erwecken wollen, eine Demokratie zu errichten, ohne die Unsicherheiten und Beschränkungen einer Demokratie für politische Bewegungen akzeptieren zu wollen. Der Grund für den Aufbau einer demokratischen „Fassade“ ist häufig, dass erwartet wird, dadurch vergrößerten sich die Chancen auf Hilfeleistungen demokratischer Mächte wie der USA deutlich. Der Auslöser für dieses Handeln war zu Beginn der Zwischenkriegszeit konkret die Kombination einer wirtschaftlich desolaten Lage in Ostmitteleuropa einerseits, der wirtschaftlich dominanten Stellung der USA und dem Werben des US-Präsidenten Wilson für Demokratie und Freihandel andererseits.

Einen „kritischen Augenblick“ und in diesem Fall konkret einen „demokratischen Moment“ der Weltgeschichte bemerken zeitgenössische Beobachter nicht nur, sie überschätzen solche „kritischen Augenblicke“ in ihrer Bedeutung sogar noch. Zeitgenossen glauben beim Überqueren der historischen Weiche häufig gar, der Zug der Geschichte steuere nun unaufhaltsam auf seinem Gleis Richtung Ende der Geschichte. So dachten zu Beginn der 1920er-Jahre die meisten sozialwissenschaftlichen Beobachter der politischen Welt – ganz ähnlich wie zu Beginn der 1990er-Jahre,⁴⁹ – der weltweite Sieg der Demokratie als einzig legitimer

47 In historischer und globaler Perspektive interessant ist, dass ganz ähnlich auch nach der ersten „Explosion“ der Zahl der Demokratien 1989 bis 1991 eine Vielzahl kompetitiver Autokratien wie etwa in Kasachstan oder Georgien entstand. Vgl. Schedler (Hg.), *Electoral Authoritarianism*; Steven Levitsky/Lucan A. Way, *The Rise of Competitive Authoritarianism*. In: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 2, S. 51–65.

48 Vgl. dazu den Beitrag von Jørgen Möller und Svend-Erik Skaaning in diesem Heft.

49 Vgl. als Äquivalent zu dem einflussreichen Buch von James Bryce für den „liberalen“ und „demokratischen“ Moment 1989 bis 1991: Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, München 1992. Beide Bücher gleichen sich in ihren Kernargumenten erstaunlich, obgleich mehr als sieben Jahrzehnte zwischen ihrer Entstehung liegen. Sie stehen nicht als monolithische Blöcke, sondern geben zugespitzt den Tenor der vorherrschenden Meinung wieder. Während des zweiten „liberalen“ und „demokratischen“ Moments fasste etwa 1991 Marc Plattner, einer der Herausgeber des einflussreichen, zu dieser Zeit gerade frisch gegründeten *Journal of Democracy*: „Indeed, today it is the liberal democracies that are widely regarded as the only truly and fully modern societies“.

Staatsform sei nun bereits zu feiern oder er stünde doch zumindest unmittelbar bevor. Wenn der Erste Weltkrieg wirklich zu einer grundlegenden Erschütterung des Glaubens an den stetigen Fortschritt der Menschheit geführt haben sollte, wie manche heutigen Beobachter verkünden, dann war diese Erschütterung Anfang der 1920er-Jahre zumindest nicht in den vorherrschenden Äußerungen zu erkennen. James Bryce verkündete im bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Werk jener Tage: „Within the hundred years that now lie behind us what changes have passed upon the world! Nearly all the monarchies of the Old World have been turned into democracies. [...] The old question, ‘What is the best form of government?’ is almost obsolete because the centre of interest has been shifting. It is not the nature of democracy, nor even the variety of the shapes it wears, that are today in debate, but rather the purposes to which it may be turned, the social and economic changes it may be used to effect“.⁵⁰ Die Quintessenz seiner Ausführungen war: „[The] trend toward democracy now widely visible, is a natural trend, due to a general law of social progress.“⁵¹ In Deutschland sprach der Theologe Ernst Troeltsch etwa zur gleichen Zeit analog von der Demokratie als einer „notwendigen und unumgänglichen Entwicklung aller modernen Staaten“. Zugrunde lag den Prognosen die Erwartung, dass Demokratisierung ein unvermeidlicher Teil der Modernisierung sei. So war für Troeltsch die „Demokratie die natürliche Konsequenz der modernen Bevölkerungsdichtigkeit, verbunden mit der zu ihrer Ernährung notwendigen Volksbildung, Industrialisierung, Mobilisierung, Wehrhaftmachung und Politisierung“.⁵² Noch 1931 verfasste Otto Hintze seine bis heute bedenkenswerten Beobachtungen zu den „Weltgeschichtlichen Bedingungen der Repräsentativverfassung“.⁵³ William Rappard beschrieb noch 1938 im Rückblick die allgemeine Stimmung Anfang der 1920er-Jahre so: „No fact seemed better established than the reign of democracy in the modern world. [...] [T]he triumph of democracy seemed as easy to explain as impossible to avoid.“⁵⁴

Plattner, *The Democratic Moment*, S. 38. Es ließen sich Dutzende weitere Exempel anführen. Hier sei nur festzuhalten, dass die vorherrschenden Aussagen während des ersten und zweiten „liberalen Moments“ inhaltlich nahezu identisch waren, obgleich sieben Jahrzehnte zwischen ihnen liegen.

50 James Bryce, *Modern Democracies*, New York 1921, S. 3 f.

51 Vgl. ebd., S. 24.

52 Zitate: Ernst Troeltsch, *Kritische Gesamtausgabe*, Band 15: *Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923)*, Berlin 2002, S. 211, 215.

53 Vgl. Otto Hintze, *Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung*. In: *Historische Zeitschrift*, 134 (1931), S. 1–47

54 Vgl. Rappard, *Crisis of Democracy*, S. 1. Bereits 1934, als sich klar der Trend zur Diktatur abzeichnete, trugen Autoren die optimistischen Zukunftsprognosen von Anfang der 1920er-Jahre nur noch als schöne Erinnerung vor. So heißt es in einem Standardwerk, das sich mit der Trendwende von der Verbreitung der Demokratie zur Verbreitung der Diktatur beschäftigt: „It was assumed that with the spread of popular elections the principles and methods of democracy would eventually prevail among all enlightened people“. *New Governments in Europe. The Trend Toward Dictatorship*. Hg. von Vera Micheles Dean, Bailey W. Diffie, Malbone W. Graham und Mildred S. Wertheimer, New York 1934, S. 1.

Der „demokratische Moment“ nach dem Ersten Weltkrieg war ausgesprochen wirkmächtig, ging aber rasch vorüber. Nach Mitte des Jahres 1920 demokratisierten sich in der Zwischenkriegszeit lediglich noch Griechenland 1926 und Spanien 1931. Beide Länder hatten zuvor bereits gescheiterte Transitionsphasen hin zur Demokratie erlebt. Sie waren also keine ganz so neuen Demokratien mehr, gingen vielmehr bereits mit schweren Hypotheken über die Schwelle zur Demokratie. Portugal und Griechenland versuchten zudem jeweils – erfolglos – nach dem Scheitern der Demokratie noch einen weiteren Anlauf.

Von Mitte 1920 bis Herbst 1922 stagnierte die Entwicklung hin zur Demokratie. Der erste Demokratiezusammenbruch der Zwischenkriegszeit in Portugal am 19. Oktober 1921 markierte noch keineswegs eine Trendwende. Angesichts der andauernd politisch-chaotischen Verhältnisse und der peripheren Lage des Landes nahm von diesem Demokratiezusammenbruch wie schon von den zwei Demokratiezusammenbrüchen Portugals während des Ersten Weltkriegs kaum jemand außerhalb des Landes Notiz. Mit guten Gründen lässt sich – wie bereits dargelegt – auch argumentieren, dass Portugal immer wieder bereits über die Schwelle zur Demokratisierung stolperte und fiel. Irland vergrößerte wiederum seit den ersten Parlamentswahlen nach der Unabhängigkeit am 16. Juni 1922 den Kreis der Demokratien. Ebenso wie aus dem portugiesischen Demokratiezusammenbruch lässt sich aber aus der irischen Demokratiegründung kein Trend der Geschichte mehr ablesen. Als Teil Großbritanniens war Irland bereits 1918 vor der Unabhängigkeit über die Demokratieschwelle geschritten.⁵⁵

In Konkurrenz zur „westlichen“ Demokratie zeichnete sich am europäischen Horizont nach der kommunistischen Oktoberrevolution im November 1917 allmählich eine neue Regimealternative ab. Erst im November 1920 endete allerdings im europäischen Teil der Sowjetunion der Bürgerkrieg, im asiatischen Teil sogar erst 1922 mit der Besetzung von Wladiwostok. Anfang der 1920er-Jahre gewann die Kommunistische Internationale langsam an Bedeutung. Die Trendwende der Regimeentwicklung der Zwischenkriegszeit wird aber durch keinen kommunistischen Umsturz einer Demokratie markiert. Vielmehr begann der „Rückstoß“ der Nachkriegsexplosion der Demokratien im Oktober 1922 mit dem faschistischen „Marsch auf Rom“.⁵⁶ Auch der Faschismus erhob nach 1914 allmählich sein Haupt. Er nahm dabei bereits im Zuge des beginnenden Kriegs in Italien mit einer neuartigen Kombination aus nationalistischen, korporatistischen und sozialistischen Ideologieelementen Gestalt an. Der bolschewistische Umsturz mit seinen internationalen Folgen stimulierte das Anwachsen der faschistischen Bewegung beträchtlich. Doch blieb Italien zunächst die einzige Demokratie, der eine neuartige Diktatur von rechts folgte. In Spanien löste die

55 Vgl. Allan Zink, Ireland: Democratic Stability without Compromise. In: Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39: Systematic Case-Studies*, New York 2000, S. 263–293.

56 Vgl. u. a. Angelo Tasca, *The Rise of Italian Fascism, 1918–1922*, New York 1966 (1938).

dem italienischen Faschismus sehr ähnliche Diktatur Primo de Riveras 1923 eine elektorale Autokratie ab.⁵⁷ 1922 begann mithin die historisch sehr kurze, aber wirkmächtige Zeit der Regimephase des Faschismus.⁵⁸ Im Unterschied zum NS-Regime handelte es sich bei diesen beiden südeuropäischen Regimen noch weit stärker um Mischformen zwischen Elementen einer traditionellen rechten Autokratie, die sich stark auf Kirche und Monarchie stützte, und einer neuen sozialrevolutionären rechten Autokratie, die gegen diese Autoritäten aufbegehrte. Charakteristisch für die neuen Formen der Diktatur von rechts und links war, dass sie ganz im Unterschied zu den regierenden Monarchien auf eine Mobilisierung und Beteiligung der Massen setzten.⁵⁹ Sie waren pseudodemokratisch, antidemokratisch und antiliberal zugleich.⁶⁰

Die erste Phase der Entdemokratisierung der Zwischenkriegszeit erreichte bereits 1926 ihren Höhepunkt, als in kurzer Folge die Demokratien in Polen und Litauen gestürzt wurden.⁶¹ Die Demokratien, die dieser „Rückstoß“ dahinraffte, waren sich recht ähnlich. Unter ihnen war Italien noch der modernste Staat. Aber selbst Italien lag in der sozioökonomischen Entwicklung weit hinter Ländern wie Deutschland, Österreich oder der Tschechoslowakei zurück. Alle Demokratien, die zwischen 1922 und 1926 scheiterten, hatten im Vergleich der Demokratien eine stark überdurchschnittliche Analphabetenquote, ein markant unterdurchschnittliches Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und waren katholisch.

Trotz aller Umsturzversuche überlebte dagegen vor allem auch die deutsche Demokratie das Krisenjahr 1923 mit extremistischen Massenrebellionen von links und rechts. Der Putsch von Hitler und Ludendorff scheiterte allerdings um wenig mehr als um Haaresbreite. Auch Österreich überstand die politisch turbulente und wirtschaftlich ausgesprochen schwierige Nachkriegsphase, obgleich die Mehrheit der Bevölkerung gar kein eigenständiges Österreich wollte. Konsolidieren konnte sich in dieser Phase allerdings keine der neuen Demokratien in Ostmitteleuropa.

Den Fortschrittsoptimismus musste zumindest das Scheitern der Demokratie in Ländern wie Portugal, Litauen oder Polen nicht fundamental erschüttern. Aus Sicht der Fortschrittsoptimisten ließ sich nämlich argumentieren, der Trend weg von der Demokratie in diesen Ländern sei lediglich einem Mangel

57 Vgl. u. a. Shlomo Ben-Ami, *Fascism from Above: The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain, 1923–1930*, Oxford 1983.

58 Vgl. u. a. Michael Mann, *Fascists*, Cambridge 2004; Ernst Nolte, *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968; Arnd Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa 1918–1945*, Stuttgart 2006.

59 Vgl. u. a. Sven Reichardt, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen. Anmerkungen zu einer Debatte*. In: José Brunner (Hg.), *Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen*, Göttingen 2014, S. 133–157.

60 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien: eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982.

61 Vgl. zum Sturz der Demokratie in Polen den Beitrag von Heidi Hein-Kircher in diesem Heft.

an sozioökonomischem Fortschritt in einem „rückständigen“ Teil Europas geschuldet. Bei näherem Hinsehen war da schon deutlich schwerer zu erklären, warum die faschistische Massenrebellion gegen die Demokratie ausgerechnet vor allem vom recht entwickelten Norden und dem Zentrum Italiens und nicht vom rückständigen Süden ausging. Zudem präsentierte sich in Italien Mitte der 1920er-Jahre unübersehbar eine moderne Diktaturform als neue Regimealternative zur liberalen Demokratie. Diese wurde prompt auch als Alternative zur Demokratie diskutiert.⁶² Die Gegner der Demokratie waren nun in den politischen Diskussionen wieder offensiver als Anfang der 1920er-Jahre.⁶³

Bereits zwischen 1927 und 1929 wurde die geistige Atmosphäre aber wieder empfänglicher für die Demokratie. Eine neue Trendwende zugunsten der Demokratie schien möglich, zumal sich die wirtschaftliche Lage in vielen Staaten wie Deutschland und Österreich seit Mitte der 1920er-Jahre zunehmend verbesserte. 1928 erhielt etwa die NSDAP in Deutschland nur noch 2,6 Prozent der Stimmen, in Österreich spielte bei den Wahlen vor 1930 ohnehin weder die kommunistische noch eine totalitäre rechte Partei eine bedeutende Rolle. Anders als das faschistische Italien waren die Autokratien in Polen und Litauen recht „soft“ und hielten sogar – wenn auch nicht freie und faire – Parlamentswahlen ab.⁶⁴ Für den weniger aufmerksamen Beobachter unterschieden sich diese „konstitutionellen Diktaturen“⁶⁵ mit Wahlen kaum von Demokratien. Unter den Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Erholung und einer politischen Entspannung der Beziehungen zu den Nachbarländern schien eine Rückkehr zu den Spielregeln der Demokratie in diesen Ländern in naher Zukunft möglich. Auf internationaler Ebene zeigte sich zwischen 1927 und 1931 kein beobachtbarer Trend der Regimeentwicklung. Es herrschte Stagnation.

In globalhistorischer Perspektive lässt sich die Bedeutung des Einschnitts der Weltwirtschaftskrise für die Demokratiegeschichte kaum überschätzen. Diese Krise war der größte Stresstest, dem alle modernen Demokratien zugleich, wenn auch nicht in gleichem Maße, ausgesetzt waren. Nur in der Hochphase der Weltwirtschaftskrise brach nahezu weltweit die Wirtschaftsleistung massiv ein. Wirtschaftliche Krisen münden aber häufig in soziale und politische Krisen.⁶⁶ Eine

62 Vgl. als Beispiel für die deutsche zeitgenössische Rezeption: Fritz Schotthöfer, *Il Fascio: Sinn und Wirklichkeit des italienischen Fascismus*, Frankfurt a. M. 1924.

63 Vgl. u. a. Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1992.

64 Vgl. Jerzy Kochanowski, *Horthy und Pilsudski – Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen*. In: Erwin Oberländer (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, Paderborn 2001, S. 19–94.

65 Vgl. Clinton Rossiter, *Constitutional Dictatorship. Crisis Government in the Modern Democracies*, Princeton 1948.

66 Vgl. u. a. Mark J. Gasiorowski, *Economic Crisis and Political Regime Change: An Event History Analysis*. In: *American Political Science Review*, 89 (1995) 4, S. 882–897; Milan W. Svobik, *Learning to Love Democracy: Electoral Accountability and the Success of Democracy*. In: *American Journal of Political Science*, 57 (2013) 3, S. 685–702.

gängige Kausalhypothese zur Erklärung von Demokratiezusammenbrüchen unabhängig von Zeit und Raum lautet: Je schlechter die wirtschaftliche Entwicklung ausfällt, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Demokratie zusammenbricht.

Ab 1929 provozierte die Weltwirtschaftskrise tatsächlich auf direktem Wege in zahlreichen Demokratien tiefe politische Krisen.⁶⁷ Sie begann mit dem „Schwarzen Donnerstag“ am 24. Oktober 1929. Als letztes Jahr der Weltwirtschaftskrise gilt in der Regel 1939.⁶⁸ In einer langen historischen Zeitreihe ist diese Abgrenzung auch sinnvoll. Der Tiefpunkt der „Großen Depression“ lag aber bereits in den Jahren 1933/34. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise gerieten Demokratien, die wie Deutschland und Österreich wirtschaftlich noch durch die Kriegsfolgen angeschlagen waren, jäh in eine „Staatskrise“.⁶⁹ Lediglich in Argentinien – aus europäischer Sicht am Ende der Welt – fiel die Demokratie bereits 1930 mit den ersten deutlichen Anzeichen der Weltwirtschaftskrise.⁷⁰ Darüber, ob die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise wirklich der grundlegende Faktor war, der den Putsch gegen die Demokratie auslöste, lässt sich zudem streiten. In Deutschland hatte trotz des fulminanten Aufstiegs der NSDAP und der Zugewinne der KPD bei den Parlamentswahlen von 1930 die „Große Koalition“ aus SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP mit 48,3 Prozent der Parlamentssitze durch Tolerierung weiterer Parteien noch faktisch eine Parlamentsmehrheit. Die nächsten Reichstagswahlen standen erst für 1934 an, und die Demokratie schien in Deutschland nach den Wahlen zunächst nicht mehr in akuter Gefahr. Mit der Demokratisierung Spaniens 1931 nach der faschistischen Diktatur Primo Riveras schien sogar noch nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise ein Einbruch der Demokratie keineswegs unvermeidlich.

Die heftige zweite Phase der Entdemokratisierung in der Zwischenkriegszeit von 1933 bis 1936 setzte erst nach dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1931 ein. Mit Deutschland und Österreich scheiterte die Demokratie nun auch in zwei recht modernen Industriestaaten. Beide Länder gehörten zu den am stärksten von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Staaten. Der Verlauf der

-
- 67 Vgl. u. a. Ekkart Zimmermann, *Government Stability in Six European Countries during the World Economic Crisis of the 1930s: Some Preliminary Considerations*. In: *European Journal of Political Research*, 15 (1987), S. 23–52; ders., *Political Breakdown and the Process of National Consensus Formation: On the Collapse of the Weimar Republic in Comparative Perspective*. In: *Research on Democracy and Society*, 1 (1993), S. 267–299; Thomas Saalfeld, *The Impact of the World Economic Crisis and Political Reactions*. In: Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919–39: Comparative Analyses*, Basingstoke 2002, S. 208–232.
- 68 So grenzt die Zeit der Weltwirtschaftskrise etwa folgendes Standardwerk ein. Vgl. Charles P. Kindleberger, *The World in Depression, 1929–1939*, Berkeley 1986.
- 69 Vgl. u. a. Heinrich August Winkler (Hg.), *Die deutsche Staatskrise 1930–1933: Handlungsspielräume und Alternativen*, München 1992.
- 70 Vgl. Potter, *The Failure of Democracy in Argentina*; Peter H. Smith, *The Breakdown of Democracy in Argentina, 1916–30*. In: Juan Linz/Alfred Stepan (Hg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Latin America*, Baltimore 1978, S. 110–137.

Wechselwirkungen von sozioökonomischer und politischer Krise in beiden Staaten lässt kaum einen Zweifel daran, dass die Weltwirtschaftskrise der wesentliche Auslöser – wenn auch keineswegs die alleinige Ursache – für die Demokratiezusammenbrüche in diesen Ländern war.

Im Unterschied zu den anderen derart stark von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Staaten waren Deutschland und Österreich bereits durch Nachkriegskrise und Reparationen sozioökonomisch stark erschüttert. Die Zeit der wirtschaftlichen Erholung von 1924 bis 1929 war zu kurz, um ein ausreichendes wirtschaftliches Krisenpolster auszubauen. Der deutsche Demokratiezusammenbruch war nun aber nicht einfach einer unter vielen. Leicht eingeschränkt auf die zweite Hälfte des Jahres 1933 und auf die europäisch-atlantische Welt lässt sich das folgende Urteil von Martin Gilbert unterstreichen: „Für einen Großteil der Welt wurde das Jahr 1933 beherrscht von der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland und den bangen Erwartungen, was daraus folgen würde.“⁷¹ Der deutsche Demokratiezusammenbruch veränderte nämlich die Machtbalance in Europa deutlich zuungunsten der Demokratien und hatte weltweit eine negative Signalwirkung. Besonders stark war dieser Effekt aber auf Ostmitteleuropa.

In Estland und Lettland scheiterte 1934 die Demokratie weniger als Folge der Weltwirtschaftskrise denn als Folge einer mit dem deutschen Demokratiezusammenbruch einsetzenden Trends zur militanten Demokratie mit fließender Grenze zur konstitutionellen Diktatur.⁷² In Estland wie Lettland hatte die Weltwirtschaftskrise aber deutlich geringere Auswirkungen als in Deutschland, Österreich und in überlebenden Demokratien wie USA und Belgien. Ähnlich wie in Finnland war die wirtschaftliche Entwicklung in diesen beiden Ländern in den Jahren nach den Unabhängigkeitskriegen erstaunlich gut verlaufen. Zudem hatten Estland und Lettland die wirtschaftliche Talsohle 1934 bereits durchschritten und befanden sich schon weit in der Phase der wirtschaftlichen Regeneration. So waren die Arbeitslosenzahlen fast auf den Vorkrisenstand gefallen.

Das Grundproblem der beiden Demokratien war 1934 vielmehr, dass sie seit Januar 1933 zwischen dem Hammer Hitler und dem Amboss Stalin steckten. Das machte einen Teil der führenden Politiker sehr nervös. Zum einen vereinfachte es die Lage, in der Bevölkerung Schritte weg von der Demokratie mit der Bedrohung durch extremistische Bewegungen von rechts und links zu rechtfertigen. Zum anderen glaubte eine wachsende Zahl von Politikern in Ostmitteleuropa, angesichts der außenpolitischen Bedrohung durch Nationalsozialismus und

71 Martin Gilbert, *Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Band III: 1933–1941, München 1999, S. 19.

72 Vgl. zum klar demokratischen Konzept von Karl Loewenstein, *Militant Democracy and Fundamental Rights*. In: *American Political Science Review*, 31 (1937) S. 417–432, 638–658. In der Praxis der Zwischenkriegszeit wurden in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre aber eine Reihe von antidemokratischen Maßnahmen mit Demokratie-, vor allem aber mit notwendigem Staatsschutz gerechtfertigt.

Bolschewismus für langwierige demokratische Entscheidungsprozesse nicht die Zeit zu haben. Der deutsche Demokratiezusammenbruch begünstigte mithin weniger als Vorbild denn als Schreckbild eine kurze, aber wirkmächtige Folge von Demokratiestürzen. In wenig mehr als einem Jahr fielen nach der Demokratie in Deutschland auch die Demokratien in Österreich, Estland und Lettland. Ebenso wie demokratische „Diffusion“⁷³ ist auch diktatorische „Diffusion“ keine Illusion. Der deutsche Demokratiezusammenbruch löste eine Kettenreaktion aus. Innerhalb kurzer Zeit fielen nun auch die Demokratien in Österreich, Estland und Lettland. Der Demokratiezusammenbruch in Uruguay 1933 fiel nicht als Dominostein in dieser Reihe.⁷⁴ Auch er wurde aber durch die global wahrgenommene Signalwirkung des deutschen Demokratiezusammenbruchs begünstigt. Der historische Zug zur Demokratie schien auch den Optimisten spätestens mit dem Demokratiezusammenbruch in Deutschland entgleist.

IV. Zusammenfassung

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg hat sich in der Demokratieforschung als eine Zeit der „Krise der Demokratie“⁷⁵ zwischen den Weltkriegen eingebrannt. Darüber droht in Vergessenheit zu geraten, dass erst während des Ersten Weltkriegs die meisten „alten“ Demokratien der „ersten Welle“ die Schwelle zur liberalen Demokratie passierten und es nach dem Ersten Weltkrieg eine „Explosion“ der Zahl der Demokratien gab. Erstmals entstanden nun auch außerhalb Europas etwa in Argentinien und Uruguay Demokratien oder wie in Chile und Japan Wahlregime, die an der Schwelle zur Demokratie standen. Die Phase von Herbst 1922 bis 1926 war ein „Rückstoß“ dieser Explosion. In dieser Phase fielen „nur“ neue und arme Demokratien. Ein gewisser „Rückstoß“ ist nach einer „Explosion“ der Zahl der Demokratien nahezu unvermeidlich, wenn die anspruchsvolle Regimeform der Demokratie auf sozioökonomische Verhältnisse stößt, in denen sie kaum gedeihen kann. Eine wirklich massive „Krise der Demokratie“ zeigt sich bei näherer Betrachtung tatsächlich nur kurz nach dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1933/34. In keiner anderen Phase der Geschichte gab es

73 Vgl. Daniel Brinks/Michael Coppedge, Diffusion Is No Illusion. Neighbor Emulation in the Third Wave of Democracy. In: *Comparative Political Studies*, 39 (2006) 4, S. 463–489. Vgl. auch Harvey Starr, Democratic Dominoes: Diffusion Approaches to the Spread of Democracy in the International System. In: *Journal of Conflict Resolution*, 35 (1991), S. 356–381; Zachary Elkins/Beth Simmons, On Waves, Clusters, and Diffusion: A Conceptual Framework. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 598 (2005) 1, S. 33–51.

74 Vgl. u. a. Taylor, *The Uruguayan Coup d'Etat*.

75 Vgl. u. a. Linz, *The Crisis of Democracy*; Bessel, *The Crisis of Modern Democracy*.

einen derartig starken Rückschlag bei der globalen Verbreitung der Demokratie. In nur zwei Jahren brachen fünf Demokratien zusammen. Die Weltwirtschaftskrise verursachte wesentlich den Prozess der letztlich zum Demokratiezusammenbruch in Deutschland führte, in Österreich trug die Weltwirtschaftskrise zumindest bei zur Demokratiekrise. In globaler Perspektive war die Signalwirkung des deutschen Demokratiezusammenbruchs verheerend. Sie begünstigte stark, dass nun in Österreich, Estland und Lettland zur Demokratie ambivalent eingestellte konservativ bis rechtsautoritäre Politiker einschritten und die Demokratie stürzten, um sie angeblich zu retten.

In der Zwischenkriegszeit gab es 14 Demokratiezusammenbrüche in zwölf Ländern.⁷⁶ Die Frage, ob die Demokratie überlebte oder scheiterte, lässt sich in den meisten Fällen relativ leicht beantworten. Niemand würde etwa behaupten, die deutsche Demokratie habe überlebt oder die britische Demokratie sei gescheitert. Der tschechoslowakische und der finnische Fall zeigen aber, dass sich Demokratien in einer Grauzone zwischen Scheitern und Überleben bewegen können.⁷⁷ Im Falle Frankreichs liegt formal recht eindeutig ein Demokratiezusammenbruch vor, und zwar ein Exekutivputsch. Nachdem der demokratisch legitimierte französische Präsident Albert François Lebrun General Philippe Pétain zum Premierminister ernannte hatte, ließ Pétain im Zeichen der sich anbahnenden Kriegsniederlage gegen Deutschland und einer drohenden Besetzung Frankreichs das französische Parlament seine diktatorischen Vollmachten und das Ende der Demokratie absegnen.⁷⁸ Rasch wurde mittels einer rechtsautoritären Verfassung die nachfolgende Diktatur etabliert. Wenn wir die Demokratien in der Tschechoslowakei und Frankreich als in der Zwischenkriegszeit gestürzt betrachten, dann verlängert sich diese Phase der „Krise der Demokratie“ bis 1940.

Mit Blick auf die historische Einordnung des Kapitels der Zwischenkriegszeit in die Demokratiegeschichte fallen Tim B. Müllers Essays deutlich zu positiv aus. Dies kommt durch eine schiefe Fallauswahl zustande. Müller nimmt erstaunli-

76 Vgl. für eine tabellarische Übersicht den Online-Appendix zu diesem Beitrag.

77 Vgl. zur Entwicklung in Finnland: Risto Alapuro/Eric Allardt, *The Lapua Movement: The Threat of Rightist Takeover in Finland, 1930–1932*. In: Juan Linz/Alfred Stepan (Hg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe, Baltimore 1978*, S. 122–141; Lauri Karvonen, *Finland: From Conflict to Compromise*. In: Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39: Systematic Case-Studies*, New York 2000, S. 129–156. Vgl. zur Entwicklung in der Tschechoslowakei: Vera Olivová, *The Doomed Democracy: Czechoslovakia in a Disrupted Europe 1914–38*, Montreal 1972; Radomir Luza/Victor S. Mamatey (Hg.), *A History of the Czechoslovak Republic, 1918–1948*, Princeton 1973; John Bradley, *Czechoslovakia: External Crises and Internal Compromise*. In: Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39: Systematic Case-Studies*, New York 2000, S. 85–105.

78 Vgl. Ivan Ermakoff, *Democratic Breakdowns and the Politics of Self-Servitude*, University of Chicago, Chicago 1997, S. 66–83.

cherweise nur den deutschen Sturz der Demokratie in der Zwischenkriegszeit zur Kenntnis, ignoriert alle anderen Demokratiezusammenbrüche und nimmt die USA – obgleich ansonsten der Blick auf Europa fokussiert ist – als leuchtendes Demokratiebeispiel in die Betrachtung der Zwischenkriegszeit auf. Seine Ausklammerung von allen ostmittel- und südeuropäischen Demokratien und sogar der österreichischen Demokratie aus dem Kreis der Demokratien lässt sich dabei inhaltlich nicht rechtfertigen.⁷⁹ Die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit zeigt neben dem gleißenden Licht des Aufbruchs zur Demokratie 1919/20 auch den dunklen Schatten der tiefsten historischen Krise der Demokratie in den 1930er-Jahren. Aus welthistorischer, globaler Perspektive gab es nur in der Zwischenkriegszeit kurze Phasen, 1922 bis 1926 und 1931 bis 1936, in denen tatsächlich die Zahl der Demokratiezusammenbrüche die Zahl der neuen Demokratisierungen überschritt. Es ist ebenso falsch, die Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit als eine reine Krisengeschichte wie als eine reine Erfolgsgeschichte zu erzählen.

79 Vgl. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik; ders., Krieg und Demokratisierung.

